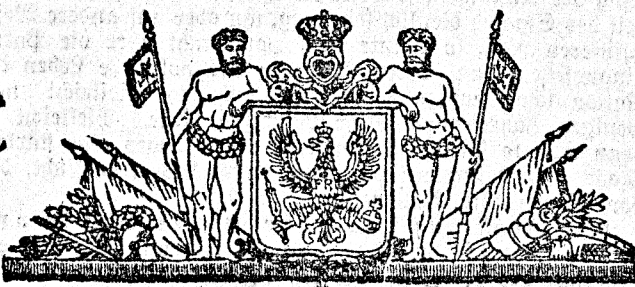


Vossische



Zeitung

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Die Neuordnung Europas.

Englands Vorschläge.

Bedingungen für einen Zahlungsausschub — Erweiterung der Befugnisse des Garantiekomitees — Einstellung auch der deutschen Rentenzahlungen — Völlige Trennung der Reichsbank von der Regierung.

* Paris, 20. Dezember.

Wie Millet dem „Petit Parisien“ aus London meldet, waren die ersten Worte Lloyd Georges zu Briand: „Wir dürfen von Amerika nicht mehr verlangen, als es geben will. Frankreich und England müssen selbständig die Ordnung der europäischen Schwierigkeiten vornehmen.“

Wie Millet ausführt, dürfte das Programm sich in die folgenden vier Punkte zusammenfassen:

1. **Wiedergutmachungen.** England ergreift die Initiative zur endgültigen Revision des Programms, die darin besteht, daß Deutschlands Schuld auf die Summe für die zerstörten Gebiete reduziert wird. „Die zerstörten Gebiete“ Englands sind sein Handel. Um diesen wieder herzustellen, verzichtet England auf seinen Anteil an den Reparationszahlungen. Dadurch erhalte Frankreich die Priorität, die ihm im Vertrage von Versailles verweigert wurde.

2. **Einschränkungen der Rüstungen zu Lande, Garantie für die französische Sicherheit.** Lloyd George ist Anhänger eines Abkommens nicht nur zwischen England und Frankreich, sondern zwischen England, Frankreich und Deutschland, und, wenn möglich, auch Italien. Besonders muß in diesem Abkommen die Neutralität der Rheinzone festgelegt werden. Hand in Hand hiermit müßte dann die Räumung des rechtsrheinischen Gebietes durch die verbliebenen Truppen gehen.

3. **Wiederherstellung des Friedens im nahen Osten.** England scheint eine Vermittlung vorzubereiten, die besonders den Schutz der christlichen Minderheiten in Kleinasien vorzieht. Smyrna soll ein Regime erhalten, ähnlich wie das Danzigs. Die Minister des Äußeren von Frankreich, Italien und England sollen eingeladen werden, diese Frage zu Beginn des nächsten Jahres zu prüfen.

4. **Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland.** Da die russische Regierung die alten Schulden anerkennt und bereit ist, alle Verpflichtungen einer normalen Regierung zu übernehmen, so steht die englische Regierung keinen Grund ein, warum man sie nicht anerkennen soll. Dieser Anerkennung müsse eine auf Wiederaufrichtung Rußlands gerichtete Handlung vorausgehen.

Millet ist der Meinung, Briand werde großzügig das Projekt Lloyd Georges billigen und sich nur Bemerkungen über Art und Ausführung der einzelnen Punkte vorbehalten.

Weiter meldet „Petit Parisien“, die französische Delegation habe gestern Abend eine Sondernote vorbereitet, die heute Lloyd George übergeben werden soll und in der der Standpunkt Frankreichs in der Frage des Zahlungsausschubs für Deutschland dargelegt ist. **Bevor man Deutschland eine Konzession hinsichtlich der Zahlungsmöglichkeiten mache, fordert Frankreich bestimmte Garantien. Namentlich wünscht es, daß man die Frage des Garantiekomitees prüfe, das heißt, daß man dessen Machtbefugnisse erweitere. Frankreich regt namentlich an, daß man von der deutschen Regierung eine Erklärung fordere, durch die die Reichsbank für unabhängig erklärt wird. Die französische Regierung drückt in ihrem Bericht ihr Erstaunen darüber aus, daß die deutsche Regierung ein Moratorium verlange, bevor selbst im Innern Deutschlands von ihr ein Moratorium für die Rentenzahlungen proklamiert worden sei.**

Dem Londoner „Matin“-Berichterstatter zufolge wären die Engländer geneigt, den französischen Standpunkt bezüglich der Ausdehnung der Machtbefugnisse des Garantiekomitees Rechnung zu tragen. Die Engländer sind der Ansicht, daß man sich gewisser Teile der deutschen Finanzverwaltung bemächtigen müsse, um Deutschland daran zu hindern, seine Gläubiger im Innern zu bezahlen, ehe sie die Alliierten entschädigt habe.

Die Einstellung der Zinszahlungen für die inneren deutschen Anleihen, die Frankreich nach dieser Meldung verlangen will, würde unsere Fähigkeit zu Reparationszahlungen, die ja nicht in Papiermark erfolgen können, in keiner Weise erhöhen und das Maß des Entgegenkommens, das Deutschland mit Rücksicht auf seine und die internationale Wirtschaftslage gewährt werden muß, nicht im geringsten ver-

ändern. Auch für das innerdeutsche Budget spielen die Zinsen der Anleihen schon lange keine ausschlaggebende Rolle mehr. Ihre Streichung wäre aber der volle und endgültige Ruin des durch die Geldentwertung ohnedies bereits aufs äußerste bedrängten Kleinrentnerums und sie würde indirekt, durch die außerordentlichen Nachteile, die sie öffentlichen und privaten Versicherungseinrichtungen und Gesellschaften, Genossenschaften und anderen gemeinnützigen Anstalten zufügt, eine Unzahl gerade der schwachen und schwächsten wirtschaftlichen Existenzen aufs schwerste schädigen und ins Elend treiben.

Rathenau bei Sir Robert Horne.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

1w London, 20. Dezember.

Dr. Rathenau hat gestern Abend noch eine Konferenz mit Sir Robert Horne gehabt, obwohl der Schatzkanzler gestern nachmittag durch die Konferenz mit den französischen Sachverständigen in Anspruch genommen war.

Paris, 20. Dezember. (W. T. N.)

Nach dem „Matin“ ist es wahrscheinlich, daß Dr. Rathenau und der ihn begleitende Staatssekretär Dr. Fischer, der Vorsitzende der Kriegslastenkommission in Paris, informatorisch gehört werden, wenn die französisch-britischen Verhandlungen zu einem prinzipiellen Einverständnis geführt haben.

Lloyd George über Birth.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

1w London, 20. Dezember.

Ein Reuter-Communiqué betont die selbstverständliche Tatsache, daß bei den Londoner Konferenzen, in denen die gesamte Politik der Alliierten erörtert werden solle, keine endgültigen Entscheidungen getroffen werden könnten, sondern daß sie formell dazu dienen, eine Grundlage für die Erörterung in einer Vollversammlung des Obersten Rates unter Teilnahme Italiens und Belgiens zu schaffen, es sei möglich, daß auch der griechisch-türkische Konflikt berührt werde, es sei jedoch wahrscheinlich, daß eine vollkommene Erörterung dieses Problems der geplanten Zusammenkunft der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Italiens vorbehalten werde. Da es dem italienischen Außenminister della Sorella unmöglich sei, vor der zweiten Januarwoche Rom zu verlassen, werde diese Zusammenkunft bis nach diesem Datum verschoben werden müssen.

Briand empfing gestern Abend einen Vertreter der Reuter-Agentur und teilte ihm mit, daß Frankreichs Standpunkt bezüglich der Frage der Schlachtschiffe unverändert sei, daß Frankreich aber bereit sei, in der Flottenfrage zu einer Verständigung zu kommen.

In einem Gespräch mit einem Vertreter der „Daily Mail“ sagte Briand, Deutschland müsse zahlen. Denn Frankreich brauche das Geld und müsse sonst borgen. Der Bankrott Deutschlands würde Frankreich in eine ganz unhaltbare Lage bringen.

In der gestrigen ersten Unterredung mit Briand soll Lloyd George, wie der „Daily Chronicle“ mitteilt, bei der Besprechung der Reparationsfrage erklärt haben, daß nach Ansicht der englischen Regierung das Kabinett Birth nicht mehr durch alliierte Forderungen in Bedrängnis gebracht werden dürfe. Es sei die solideste und zuverlässigste deutsche Regierung, mit der Europa zu tun gehabt habe. Wenn diese Regierung gezwungen werde, zurückzutreten, so würde sie einer anderen Platz machen, die weniger befriedigend sein werde. Während Briand an der französischen Forderung bezüglich der Januar- und Februar-Rate festhielt, meinte Lloyd George, daß es Deutschland zwar möglich sein würde, diese beiden Raten zu zahlen, aber nur unter Gefahr eines völligen Bankrotts. Nach dem „Daily Telegraph“ haben Briand und Loucheur bei der Besprechung der Moratoriumfrage ausgeführt, nur gegen ganz sichere Garantien und Kontrolle der deutschen Finanzverwaltung könnten sie einer auch nur teilweisen Zahlungspause zustimmen.

Bei der Besprechung des russischen Problems soll Lloyd George erklärt haben, es sei doch wohl zweckmäßiger, Rußland mit vereinten Kräften wieder aufzubauen, anstatt diesen Wiederaufbau Deutschland allein zu überlassen. Die französischen Delegierten weigerten sich jedoch, Rußland ohne greifbare Garantien wieder in die Gemeinschaft der Völker aufzunehmen. Hierfür wurde eine Kommission, bestehend aus Sir Robert Horne, Loucheur und Worthington Evans, gebildet, die in der morgigen Sitzung über die Frage Bericht erstatten wird.

Die Ermordung Haras.

Eine japanische Journalistenlaufbahn.

Von

J. Plant,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Tokio, Anfang November.

Am Abend des 4. November wurde der Ministerpräsident Hara in der Vorhalle des Hauptbahnhofes von Tokio, von wo er mit einigen Ministern und andern Angehörigen der Seirakai zum Parteitag nach Kyoto abreisen wollte, von einem aus dem Gedränge hervorspringenden Burschen durch einen einzigen Messerstich mitten ins Herz getötet. Der Täter wurde auf der Stelle verhaftet und so verhindert, den, wie er sagte, beabsichtigten Selbstmord auszuführen, der ihm erst der landesüblichen „Glorienschein“ verschafft hätte. Es war ein halbwüchsiger Bursche, Bahnsteigbeamter auf einem Vorstadtbahnhof von Tokio, ein Schwachkopf, den, wie es heißt, ein Vorgesetzter, ein eifriger Zeitungsleser und Vierdenkpolitiker, zu dieser Tat, die ihm einen Namen machen werde, aufbeckte. Mag sein, daß noch andere dahinterstanden, nötig ist an sich solche Annahme nicht; die Atmosphäre dieser Zeit, in der die unabwendbaren Wandlungen des Geistes, des politischen und sozialen Bewußtseins durch die Politiker nur in die gefährlichere Heimlichkeit gedrängt, aber nicht aufgehalten werden, ist genug Erklärung auch für diesen Mord.

Japan hat in den 70 Jahren seiner neuen Zeit eine Zahl von sehr tüchtigen und zum Teil hervorragenden Staatsmännern und Politikern gehabt, wie sie in solcher kurzen Periode selten bei einem Volk zu finden sein dürfte. Der Gesinnung, der Lebensauffassung, der Begabung, Denk- und Betätigungsweise nach sehr verschiedene Individualitäten. Wovon im Laufe der nächsten Jahre wohl manchmal zu sprechen sein wird, weil in nicht langer Zeit die Natur auch von den wenigen, dem jungen Geschlecht wie aus weiter Ferne noch herübertragenden Gestalten ihr Recht fordern wird. Hara Kei war eine von diesen. Obwohl er erst sehr spät zu voller Machtentfaltung kam. Wie fast alle großen Männer der Meiji-Zeit aus einfacher Samurai-Familie stammend, nicht einmal zu einem der großen, mächtigen, energiegelassen Clans des Südens gehörend und, im Gegensatz zu vielen, sich auch keinem von ihnen, um schneller voranzukommen, anzuschließen. 1854 in Morioka, etwa 400 Kilometer nördlich von Tokyo geboren, ging er schon als Knabe nach der eben den Fremden sich öffnenden Hauptstadt, studierte Französisch und Rechtswissenschaft, verzichtete aber auf Examen und Beamtenlaufbahn, in der er nur langsamen Aufstieg fürchtete, und wandte sich mit Begeisterung dem Journalismus zu, der ihn 1880 in der Redaktion der „Hochi“, die noch heute das Blatt des Marquis Okuma ist, in Verbindung brachte mit Nakae Chomin, Inukai, Ozaki und andern Vorkämpfern der eine Verfassung und freiheitliche Reformen fordernden Bewegung. Trotz Energie und Geschäftlichkeit kam er aber auch hier nicht recht auf, und da es für ihn eben nur ein Ziel gab, ein schnelles Emporkommen, ging er ohne große Gewissensbisse zur Gegenpartei über und schrieb im Dienste der die Clan-Interessen vertretenden „Goyo Shimbun“ wie bisher litt, so jetzt gegen die Demokratie. Er war auf dem für ihn richtigen Wege. 1882 begleitete er als offizieller Berichterstatter den in Sondermission nach Korea gehenden Minister des Äußeren, Marquis Inouye, der seine besonderen Fähigkeiten und Geschicklichkeiten richtig einzuschätzen mußte, ihm einen Posten im Auswärtigen Amt und, was noch nützlicher war, eine Verwandte zur Frau gab, durch die er gleichzeitig in verwandtschaftliche Beziehung zu Sie trat. Bald wurde auch Graf Matsui, einer der bedeutendsten Staatsmänner Japans, auf ihn aufmerksam. Schon 1884 wurde Hara Konsul in Tientsin, gerade zur Zeit der dortigen Verhandlungen Itos, ging zwei Jahre später als Legationssekretär und zeitweise stellvertretender Gesandter nach Paris, kam unter Matsui als Abteilungsleiter ins Auswärtige Amt zurück, wo er 1895, also in sehr schwächerer Zeit, bis zum Rang des Vizeministers aufstieg, ging 1896 als Gesandter nach Korea, trat aber schon sehr bald, nach Matsus Tod, aus dem Dienst, um die Leitung der großen Zeitung „Osaka Mainichi Shimbun“ zu übernehmen, eine Wanklana, die nur aus dem engen Zusammenarbeiten japanischer Politiker in meist verwandtschaftlich verbundenen Gruppen zu begreifen ist, zumal damals erst wenig Männer in Japan die Bedeutung der Presse richtig haben einschätzen können. Ito mit seinem Plan der Gründung einer großen politischen Partei stand hinter ihm, und als diese, die Seiyukai, 1900 zustande kam, wurde Hara natürlich einer ihrer Leiter, trat noch im gleichen Jahr als Verkehrsminister in das dritte Ito-Kabinett ein, ging nach dessen Fall 1901 wieder zur Journalistik über, diente in den beiden Kabinetten Saionjis 1906 bis 1908 und 1911 bis 1912 als Minister des Innern, widmete sich aber in der Hauptsache der Partei, deren Präsidentschaft 1909, nach Ito Ermordung, Marquis Saionji und nach dessen Rücktritt aus dem aktiven politischen Leben 1913 er selbst übernahm. In Wirklichkeit hatte die praktische Führung schon längst in seinen Händen gelegen, wie sie es bis zu seiner Ermordung geblieben ist. Mit seiner Partei war er der Höhe seiner Macht nahe, als er sie und sich 1913 dem Führer des Satsuma-Clan, dem Admiral Graf Yamamoto Gombei, zur Verfügung